

# Demographischer Wandel in Mittel- und Osteuropa

Carsten Pohl<sup>1</sup>

Durch den Beitritt der zehn neuen Mitgliedsländer am 1. Mai 2004 hat sich die Bevölkerung der Europäischen Union um 74 Mill. auf rund 455 Mill. Menschen erhöht. Von den alten EU-Mitgliedsländern ist bekannt, dass diese sich den Herausforderungen des demographischen Wandels stellen müssen.<sup>2</sup> Wie aber sieht die gegenwärtige und zukünftige Situation in den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) aus und wo liegen die Gemeinsamkeiten und/oder Unterschiede im Vergleich zu (Ost)Deutschland? Welche Auswirkungen hat die Bevölkerungsentwicklung auf die Pensionssysteme in den MOEL?

Ausgehend von den Bevölkerungsprognosen der Vereinten Nationen sowie der nationalen Statistischen Ämter werden die Entwicklungen wichtiger demographischer Kennziffern für ausgewählte EU-Mitgliedsländer untersucht. Niedrige Geburtenziffern, Abwanderungen und der Anstieg in der Lebenserwartung führen dazu, dass die neuen EU-Staaten sogar noch stärker als die alten mit dem demographischen Wandel konfrontiert werden. Signifikante Unterschiede existieren nicht nur zwischen sondern auch innerhalb der Länder, wie aus einem Vergleich deutscher, polnischer und tschechischer Regionen hervorgeht. Bedingt durch den demographischen Wandel haben einige der MOEL seit Ende der neunziger Jahre ihre Pensionssysteme grundlegend reformiert.

## Gegenwärtige Altersstruktur

Die gegenwärtige Altersstruktur der Bevölkerung in der erweiterten Europäischen Union (EU-25), den fünfzehn alten (EU-15) und den zehn neuen (N-10) Mitgliedsländern

sowie ausgewählten EU-Staaten sind in Tabelle 1 dargestellt. Während in den alten EU-Mitgliedsländern knapp 67 % der Menschen in die Kategorie „erwerbsfähige Bevölkerung“, d. h. Personen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren fallen, liegt der entsprechende Anteil in den neuen EU-Staaten rund zwei Prozentpunkte darüber.

Ein Vergleich der Jugendquotienten, d. h. Kinder und Jugendliche im Alter bis 15 Jahre bezogen auf die 15- bis 64-Jährigen, in den fünfzehn alten sowie den zehn neuen EU-Mitgliedsländern macht deutlich, dass anteilmäßig mehr Kinder in den MOEL leben. Allerdings ist der Unterschied zwischen neuen und alten EU-Staaten mit 26,6 % und 25,1 % relativ gering.

Größere Abweichungen existieren jedoch beim Anteil der älteren Personen. Der Altenquotient, d. h. die über 65-Jährigen bezogen auf die 15- bis 64-Jährigen, liegt in den zehn neuen Mitgliedsländern bei rund 19 %, in den fünfzehn alten EU-Staaten bei über 24 %.

## Schrumpfende und alternde Bevölkerung in der Zukunft...

Das gegenwärtige Bild der Altersstrukturen wird sich in den MOEL aufgrund niedriger Geburtenquoten und einer höheren Lebenserwartung hin zu einer älteren Bevölkerung verschieben. Während vor dem politischen

<sup>1</sup> Carsten Pohl ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der ifo Niederlassung Dresden.

<sup>2</sup> Vgl. OSTERKAMP (2004).

**Tabelle 1: Altersstruktur in der erweiterten Europäischen Union (2002)**

Altersverteilung (in %)	EU-25	EU-15	D	F	GB	N-10	PL	CZ	HU
< 15 Jahre	17,1	16,8	15,5	18,7	18,9	18,3	18,2	16,0	16,3
15-64 Jahre	67,2	66,9	67,8	65,0	65,4	68,7	69,3	70,2	68,4
> 65 Jahre	15,7	16,3	16,7	16,3	15,7	12,9	12,5	13,8	15,3
Bevölkerung (in Mill.)	454,6	380,5	82,5	59,6	59,3	74,1	38,2	10,2	10,1
Jugendquotient <sup>a</sup>	25,4	25,1	22,9	28,8	28,9	26,6	26,3	22,8	23,8
Altenquotient <sup>b</sup>	23,4	24,4	24,6	25,1	24,0	18,8	18,0	19,7	22,4

a) Jugendquotient = <15-Jährige/15- bis 64-Jährige. – b) Altenquotient = >65-Jährige/15- bis 65-Jährige.

EU-25 = alle 25 EU-Mitgliedsländer; EU-15 = die 15 alten EU-Mitgliedsländer; N-10 = die zehn neuen EU-Mitgliedsländer; D = Deutschland; F = Frankreich; GB = Großbritannien; PL = Polen; CZ = Tschechien; HU = Ungarn

Quellen: Eurostat (2004), Council of Europe (2002), Berechnungen des ifo Instituts.

und wirtschaftlichen Umbruch Anfang der neunziger Jahre die Familie mit zwei Kindern in diesen Ländern dem Normalfall entsprach, bewegen sich die Gesamtfruchtbarkeitsraten<sup>3</sup> gegenwärtig auf einem niedrigen Niveau (vgl. Abb. 1).<sup>4</sup>

Die zur Bestandserhaltung notwendige Gesamtfruchtbarkeitsrate beläuft sich auf 2,1 Kinder je Frau. Jedoch erreicht derzeit kein Land innerhalb der Europäischen Union diese Schwelle. Frankreich liegt mit einer Rate von 1,85 Kindern pro Frau im Jahr 2003 neben Irland (1,87) und Zypern (1,88) an der europäischen Spitze. Am unteren Ende sind mit Litauen (1,16), der Tschechischen Republik (1,17), Slowenien (1,21) und Lettland (1,24) vier neue EU-Mitgliedsländer zu finden. Deutschland und Polen weisen mit durchschnittlich 1,37 Kindern pro Frau im Jahr 2003 ebenfalls eine Gesamtfruchtbarkeitsrate auf, die deutlich unter dem Reproduktionsniveau liegt.

Die niedrigen Geburtenraten in den neuen EU-Mitgliedsstaaten sind auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Die wirtschaftliche Rezession zu Beginn der neunziger Jahre führte dazu, dass die MOEL ihre familienfreundliche Politik nicht länger in bestehendem Umfang aufrecht erhalten konnten.<sup>5</sup> Dies manifestierte sich einerseits in der Rückführung des Angebots der staatlichen Kinderbetreuung. Andererseits wurden die Transferzahlungen für Familien erheblich reduziert. Der Rückgang im (Haushalts-) Einkommen für Familien mit Kindern, gestiegene Kosten für die Kinderbetreuung sowie die Zunahme von höheren Bildungsabschlüssen in der (weiblichen) Bevölkerung und den damit verbundenen längeren Ausbildungszeiten

und Karrieremöglichkeiten hatten zur Folge, dass die Familiengründung aufgeschoben bzw. aufgegeben wurde. Darüber hinaus sind die Gefahr des Arbeitsplatzverlustes sowie die Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung der Lebensverhältnisse als weitere belastende Faktoren hinzugekommen. Im Ergebnis weisen die MOEL derzeit die niedrigsten Geburtenraten innerhalb der Europäischen Union auf.

Neben der Geburtenrate wirkt sich die Lebenserwartung auf Altersstruktur und Bevölkerungsentwicklung aus. Für die kommenden fünfzig Jahre wird ein deutlicher Anstieg in der Lebenserwartung in den zehn neuen Mitgliedsländern erwartet (vgl. Abb. 2). Die Vereinten Nationen geben die durchschnittliche Lebenserwartung in diesen Ländern bei Geburt in den Jahren 1995–2000 mit 72,6 Jahren an, bei Geburt in den Jahren 2045–2050 wird sich diese auf 80,2 Jahre erhöhen. Damit wird die Lebenserwartung allerdings immer noch drei Jahre geringer als in den fünfzehn alten EU-Staaten (83,3) sein.<sup>6</sup>

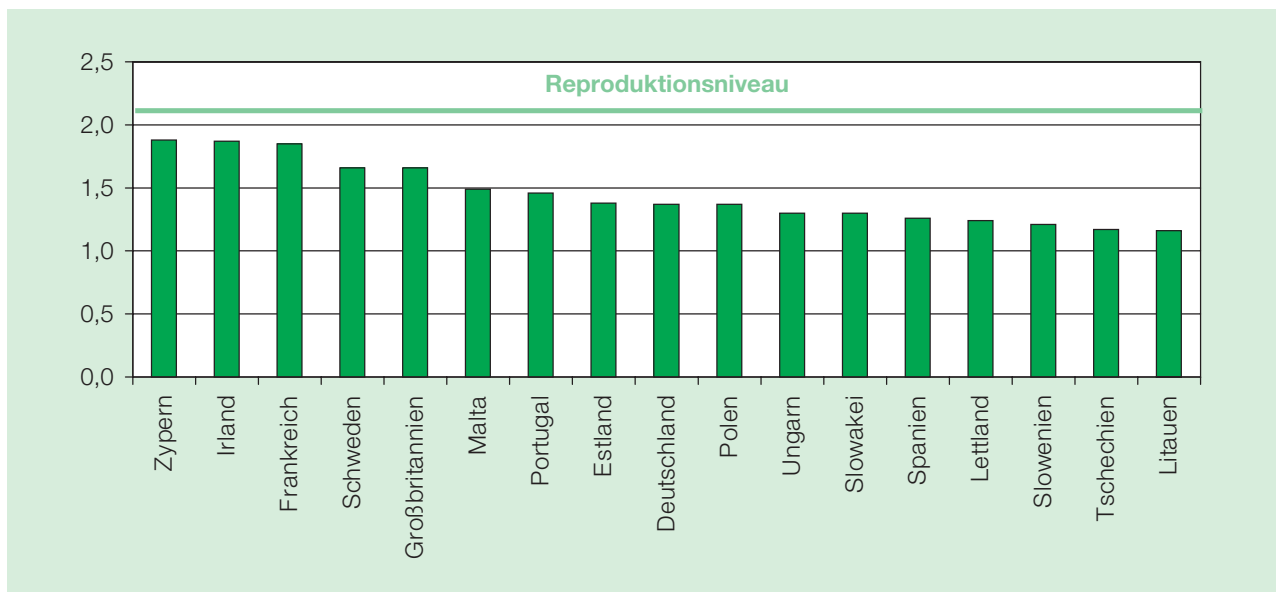
<sup>3</sup> Mit Hilfe der Gesamtfruchtbarkeitsrate lässt sich die Fertilität aller Frauen an einem Bezugspunkt zu einer einzigen Zahl zusammenfassen. Diese Rate gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Verlauf ihres Lebens gebären würde, wenn die Fruchtbarkeitsziffer eines bestimmten Jahres für ihre gesamte gebärfähige Zeit auf sie zuträfen. Es handelt sich um die Kinderzahl einer hypothetischen Alterskohorte, die sich aus der Addition der altersspezifischen Fertilitätsraten innerhalb eines bestimmten Jahres ermitteln lässt.

<sup>4</sup> Vgl. PHILIPPOV und DORBITZ (2003).

<sup>5</sup> Vgl. UNITED NATIONS (2000).

<sup>6</sup> Der Altersdurchschnitt wird in diesen Ländern von 37,6 im Jahr 2000 auf 46,8 Jahre bis zum Jahr 2050 ansteigen.

**Abbildung 1: Gesamtfruchtbarkeitsrate in ausgewählten europäischen Ländern (2003)**



Quellen: US Census Bureau (2004), Darstellung des ifo Instituts.

Die gesamte Bevölkerungsentwicklung hängt in den beigetretenen Ländern maßgeblich von der natürlichen Bevölkerungsbewegung, d. h. der Anzahl der Lebendgeborenen und der Gestorbenen, ab (vgl. Tab. 2). Innerhalb der nächsten fünfzig Jahre wird sich nach den Berechnungen der Vereinten Nationen (mittlere Variante<sup>7</sup>) die Bevölkerung in den zehn neuen Mitgliedsländern von rund 75 Mill. im Jahr 2000 auf 61,5 Mill. Menschen im Jahr 2050 reduzieren. Gemessen an der Verringerung des Bevölkerungsbestandes sind dabei annähernd 90 % auf das Geburtendefizit zurückzuführen, während die Abwanderungen 10 % ausmachen.

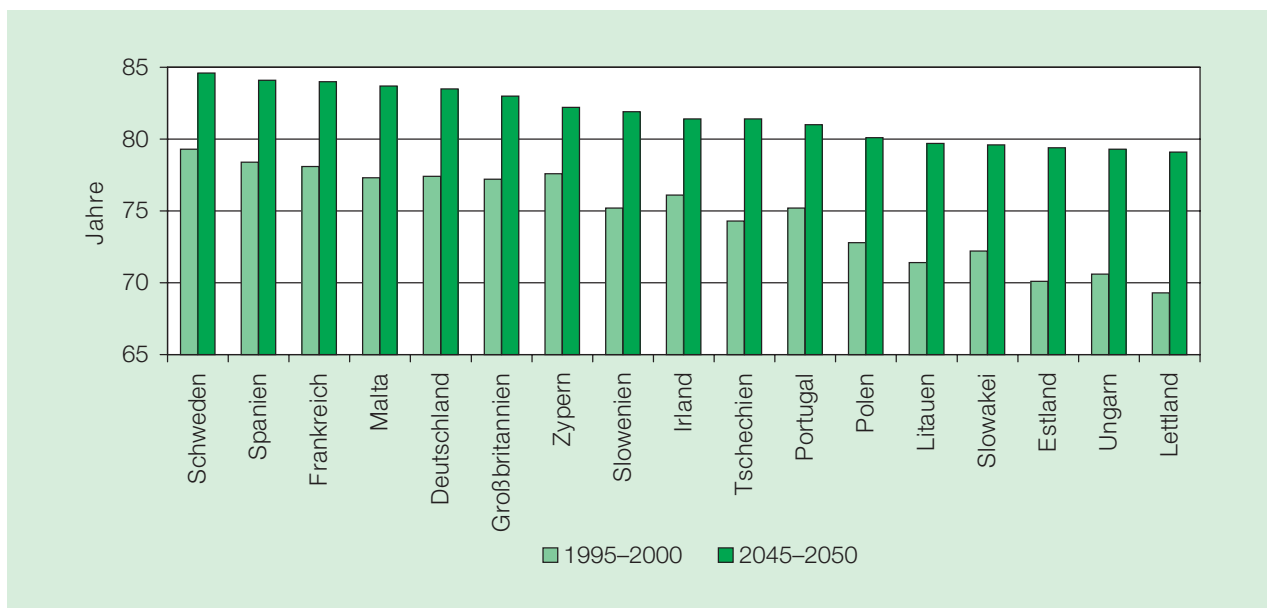
Im Gegensatz zu den MOEL wird für die alten EU-Staaten während des Zeitraums 2000–2050 ein positiver Wanderungssaldo prognostiziert.<sup>8</sup> Aus welchen Ländern die Zuwanderer kommen, geht aus den Berechnungen

der Vereinten Nationen allerdings nicht hervor, da lediglich die Wanderungssalden und nicht die Brutto- bzw. Nettoströme für jedes Land getrennt angegeben werden. Vor dem Hintergrund der vollzogenen EU-Osterweiterung und der damit – spätestens nach Ablauf der Übergangsfrist – verbundenen Arbeitnehmerfreizügigkeit ist davon auszugehen, dass die Zuwanderung in die alten EU-Mitgliedsländer (und insbesondere nach Deutschland) spürbar zunehmen wird. Daneben werden mit Umsetzung der

<sup>7</sup> In der mittleren Variante wird unterstellt, dass sich die Geburtenrate für Länder mit derzeit niedriger Fertilität bis zum Jahr 2050 sukzessive auf 1,85 erhöht. Für die Projektion der zukünftigen Wanderungsströme wurden neben Schätzungen des Migrationspotenzials auch die politischen Rahmenbedingungen für internationale Migration berücksichtigt.

<sup>8</sup> Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass sich in der EU-15 die Bevölkerung im Zeitraum 2000–2050 um 7,5 Mill. reduzieren wird. Diese Entwicklung resultiert aus dem positiven Wanderungssaldo von 34 Mill. Menschen (durchschnittlich +680.000 p. a.) abzüglich des Geburtendefizits in Höhe von knapp –41,5 Mill.

**Abbildung 2: Lebenserwartung bei Geburt in den Jahren 1995–2000 und 2045–2050**



Quellen: United Nations (2003), Berechnungen des ifo Instituts.

**Tabelle 2: Bevölkerungsentwicklung in den zehn neuen EU-Mitgliedsländern (in 1.000)**

Jahr	Bevölkerungsbestand	Veränderungen zur vorherigen Dekade			
		insgesamt	Wanderungssaldo	Lebendgeborene	Gestorbene
2000	74.737	–	–	–	–
2010	73.427	–1.310	–255	6.965	–8.020
2020	71.697	–1.730	–260	6.800	–8.270
2030	69.037	–2.660	–260	6.275	–8.675
2040	65.482	–3.555	–260	6.020	–9.315
2050	61.477	–4.005	–260	5.860	–9.605

Quellen: United Nations (2003), Berechnungen des ifo Instituts.

„Freizügigkeitsrichtlinie“ (vgl. Richtlinie 2004/38/EG) in nationales Recht bis spätestens 1. Mai 2006 auch nicht Erwerbstätige vereinfachend innerhalb der Europäischen Union wandern können.

Neben der Bevölkerung insgesamt ist für eine Volkswirtschaft insbesondere das Vorhandensein von erwerbsfähigen Personen von Bedeutung. Einerseits können hieraus Rückschlüsse über die Entwicklung des Arbeitsangebotes gezogen werden. Andererseits ergeben sich aufgrund der veränderten Altersstruktur Auswirkungen auf die Gesamtlast der wirtschaftlich aktiven Personen.<sup>9</sup> Wie aus Abbildung 3 hervorgeht, macht sich der demographische Wandel in der Gruppe der erwerbsfähigen Bevölkerung stärker als in der Gesamtbevölkerung bemerkbar.

In Polen und Tschechien nimmt die erwerbsfähige Bevölkerung bis zum Jahr 2010 zwar noch zu, allerdings wird sie sich danach schnell reduzieren (–29 bzw. –39 % bis zum Jahr 2050). Die stärksten Rückgänge werden jedoch in den drei baltischen Staaten mit Raten zwischen –37 und –61 % zu verzeichnen sein. Im Vergleich zu Deutschland nimmt somit die (erwerbsfähige) Bevölkerung in allen Ländern Mittel- und Osteuropas prozentual stärker ab.

Der starke Rückgang in der erwerbsfähigen Bevölkerung bei gleichzeitig steigendem Anteil der älteren Bevölkerung hat außerdem zur Folge, dass sich der Gesamtlastquotient erhöht. In den zehn neuen EU-Mitgliedsländern steigt der Quotient von 47 % im Jahr 2000 auf 77 % im Jahr 2050 an. Dies würde unter sonst gleichen Bedingungen zu einer zunehmenden Belastung der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung führen.<sup>10</sup>

### ... mit regionalen Unterschieden innerhalb der Länder

Aus dem Vergleich der demographischen Entwicklung auf nationaler Ebene wird zwar deutlich, dass sich alle MOEL, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, mit dem Problem des Rückgangs der (erwerbsfähigen) Bevölkerung und des Alterungsprozesses auseinander setzen müssen. Allerdings wird dabei übersehen, dass innerhalb jeder Volkswirtschaft Unterschiede zwischen Landesteilen bestehen. Nachfolgend wird die demographische Entwicklung einzelner Regionen in Deutschland sowie in Polen und Tschechien als bevölkerungsreichste Länder innerhalb der neuen Mitgliedsstaaten untersucht.<sup>11</sup>

Nach den Prognosen des polnischen Statistischen Amtes sind die stärksten Rückgänge in der Bevölkerung in den

südlichen Woiwodschaften Oppeln und Schlesien zu verzeichnen bis zum Jahr 2020 rund –13 bzw. –11 % (vgl. Abb. 4). Dieser Rückgang ist in erster Linie auf einen negativen Wanderungssaldo zurückzuführen, da die Menschen sowohl ins Ausland als auch in andere Woiwodschaften abwandern. Im Gegensatz dazu wird für die ebenfalls im Süden liegende Region Kleinpolen, mit Krakau als Hauptstadt des Verwaltungsbezirks, und für die Region Masowien, welche die Hauptstadt Warschau einschließt, mit Zuwächsen in der Bevölkerung gerechnet. In diesen Gebieten fällt der positive Wanderungssaldo höher als das Geburtendefizit aus.

In der Tschechischen Republik sind dagegen die stärksten Rückgänge für die Stadt Prag (–7,6 %) zu verzeichnen.<sup>12</sup> Überdurchschnittlich sind auch die Regionen Ostrau sowie Südostböhmen betroffen. Für Zentralböhmen, welches unmittelbar die Hauptstadt umschließt, wird nach Berechnungen des tschechischen Statistischen Amtes die geringste Abnahme erwartet (–3,5 %).

In den neuen Bundesländern wird sich die erwerbsfähige Bevölkerung vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2020 um 24 % reduzieren, während die Bevölkerung insgesamt um 13 % zurückgehen wird. Sachsen-Anhalt und Sachsen verzeichnen dabei mit –18 bzw. –14 % den stärksten Bevölkerungsschwund. Für Bayern und Baden-Württemberg wird hingegen mit einem deutlichen Bevölkerungszuwachs im gleichen Zeitraum gerechnet.

Wie aus dem Vergleich hervorgeht, unterscheidet sich das Ausmaß der regionalen Bevölkerungsentwicklung in den drei Ländern zum Teil erheblich. Innerhalb Deutschlands werden sowohl die höchsten Zuwächse (Süden) als auch die stärksten Rückgänge (Osten) erwartet. Für Polen und die Tschechische Republik werden zwar ebenfalls regionale Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung prognostiziert, allerdings in einem geringeren Ausmaß.

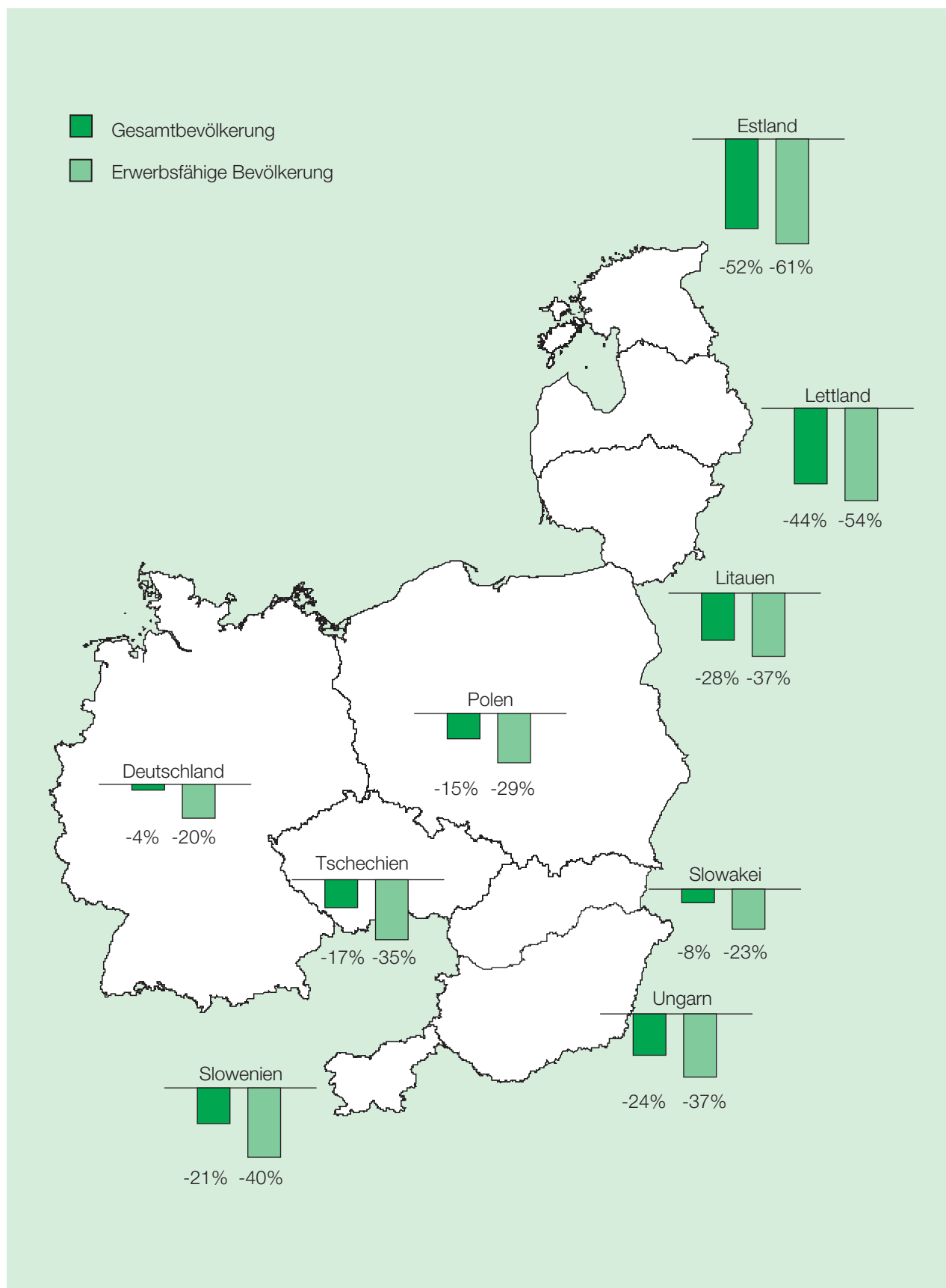
<sup>9</sup> Dieser Sachverhalt wird durch den Gesamtlastquotient, d. h. der Anteil der unter 15-Jährigen und der über 65-Jährigen bezogen auf die 15- bis 64-Jährigen, wiedergegeben.

<sup>10</sup> Die finanziellen Auswirkungen des demographischen Wandels für die umlagefinanzierten Sozialversicherungssysteme lassen sich mit Hilfe der Generationenbilanz quantifizieren (vgl. hierzu eine Untersuchung der EUROPÄISCHEN KOMMISSION (1999) für 12 EU-Mitgliedsländer).

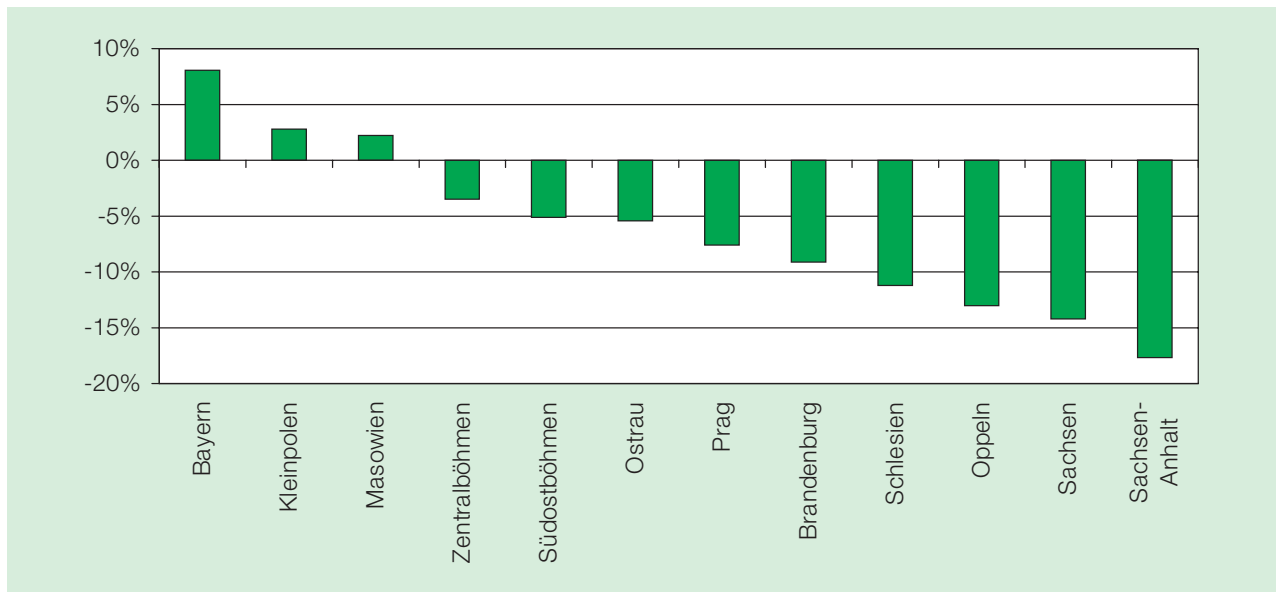
<sup>11</sup> Die regionalen Bevölkerungsprognosen liegen für Polen und Tschechien jeweils für die NUTS-2 Gebiete vor (entspricht in Deutschland den Regierungsbezirken), während die 10. Koordinierte Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Bundesamtes auf Länderebene (NUTS-1) verfügbar ist.

<sup>12</sup> In der regionalen Bevölkerungsprognose des tschechischen statistischen Amtes sind keine Wanderungsbewegungen, sondern lediglich die Zahl der Lebendgeborenen und der Sterbenden vorausberechnet worden, sodass die Zahlen nur einschränkend interpretierbar sind.

Abbildung 3: Entwicklung der (erwerbsfähigen) Bevölkerung 2000–2050



Quellen: United Nations (2003), Berechnungen des ifo Instituts.

**Abbildung 4: Bevölkerungsentwicklung in deutschen, polnischen und tschechischen Regionen (2000–2020)**

Quellen: Statistisches Bundesamt, Czech Statistical Office (2003), Polish Official Statistics (2003), Berechnungen des ifo Instituts.

### Neugestaltung der Pensionssysteme

Von den Auswirkungen des demographischen Wandels sind unter anderem die Pensionssysteme in den MOEL betroffen. Damit die finanziellen Belastungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern nicht weiter zunehmen, wurden seit Ende der neunziger Jahre Veränderungen im bestehenden System, d. h. in der umlagefinanzierten, staatlichen Rentenversicherung (erste Säule), durchgeführt (vgl. Tab. 3). Dazu zählen die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters und/oder die Erhöhung der Abschläge auf die staatlichen Altersbezüge bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben. Sind die Abschläge und somit die Einkommenseinbußen zu gering, besteht ein Anreiz, vor dem gesetzlichen Renteneintrittsalter in den Altersruhestand einzutreten. Frühverrentung belastet jedoch die Ausgabenseite (eine größere Anzahl von Rentnern) und die Einnahmenseite (fehlende Beitragszahlungen der Frührentner) einer umlagefinanzierten Rentenversicherung und würde – ceteris paribus – zu einer Erhöhung der Beitragssätze für die Erwerbstätigen führen.

In Lettland und Polen wurde darüber hinaus ein Notional Defined Contributions-System eingeführt. Dieses basiert zwar ebenfalls auf dem Umlageverfahren unterscheidet sich jedoch von Rentensystemen mit definierten Leistungszusagen (defined benefits) hinsichtlich der Übernahme des Ertragsrisikos. Bei definierten Leistungszusagen hängt die Auszahlungssumme indirekt von den eingezahlten Beiträgen ab. Beispielsweise kann hier der Fall eintreten, dass eine Person, die relativ früh im

Erwerbsleben arbeitsunfähig wird, mehr Geld aus der Rentenversicherung bezieht, als selbst eingezahlt wurde. Demnach übernimmt die Gemeinschaft der Beitragszahler einen wesentlichen Teil dieses Risikos. Im Gegensatz dazu hängen bei einem Notional Defined Contributions-System die Leistungsansprüche eines Versicherten direkt von der Summe seiner entrichteten Beiträge ab.<sup>13</sup> Dazu werden die Einzahlungen des Arbeitnehmers auf (virtuellen) individuellen Konten registriert. Folglich kann durch einen Wechsel zu einem System mit beitragsbasierten Leistungen die Rentenbelastung insgesamt verringert werden.

Neben diesen Änderungen wurden in den MOEL auch Möglichkeiten zur individuellen Altersvorsorge (zweite Säule) geschaffen. Für Arbeitnehmer in Lettland, Polen und Ungarn ist die individuelle Kapitalbildung während des Erwerbslebens obligatorisch, d. h. sie müssen einen bestimmten Prozentsatz ihres Gehalts bei (privaten) Rentenversicherern einzahlen.<sup>14</sup> Dieses Geld wird auf individuellen Konten gesammelt, am Kapitalmarkt angelegt und den Anspruchsberechtigten nach Eintritt in den Altersruhestand ausgezahlt. In Estland, Litauen, Slowenien und der Tschechischen Republik wurden zwar ebenfalls die gesetzlichen Voraussetzungen für eine zweite Säule in der Altersvorsorge geschaffen, allerdings kann der Arbeitnehmer frei entscheiden, ob er von diesem Instrument Gebrauch machen möchte. Im Ergebnis öffneten sich

<sup>13</sup> Darüber hinaus werden Renteneintrittsalter, die Lebenserwartung der eigenen Alterskohorte sowie die Verzinsung der eingezahlten Beiträge berücksichtigt.

<sup>14</sup> Vgl. Fultz (2003), S. 14



**Tabelle 3: Reformierung der Pensionssysteme in Mittel- und Osteuropa**

Land	Reformen seit	Erste Säule	Zweite Säule (Anteil am Gehalt)	Gesetzliches Renteneintrittsalter	
				Männer	Frauen
Estland	2002	Umlageverfahren, DB	6 %	63	63 (2016)
Lettland	2001	Umlageverfahren, NDC	2 % (später 9 %)	62	62
Litauen	k. A.	Umlageverfahren, DB	–	62,5	60 (2006)
Polen	1999	Umlageverfahren, NDC	7,2 %	65	60
Slowenien	k. A.	Umlageverfahren, DB	–	63	61
Slowakei	2000	Umlageverfahren, DB	–	60	53–57 <sup>a</sup>
Tschechien	k. A.	Umlageverfahren, DB	–	62 (2006)	57–61 <sup>a</sup>
Ungarn	1998	Umlageverfahren, DB	6 %	62	62

a) Abhängig von der Anzahl der Kinder.

DB (defined benefits) = definierte Leistungszusagen; NDC (notional defined contributions) = die Beitragszahlen werden auf (virtuellen) individuellen Konten erfasst. Die Leistungsansprüche hängen im Wesentlichen von der Summe der eingezahlten und verzinsten Beiträge, dem Renteneintrittsalter sowie der Lebenserwartungen der eigenen Alterskohorte ab.

Quellen: OECD (2003), Fultz (2003).

den MOEL durch den Aufbau dieser zweiten Säule Spielräume zur Senkung des Niveaus der Altersbezüge aus dem umlagenfinanzierten Rentensystem.

Da die Rentenreformen in diesen Ländern nicht vollständig abgeschlossen sind, lassen sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine Aussagen über deren Erfolg treffen. Zwar konnte der schnell voranschreitende Anstieg in den Pensionsausgaben seit Beginn des Transformationsprozesses aufgehalten und der Trend zur Frühverrentung zumindest verlangsamt werden. Offen bleibt jedoch die Frage, ob diese Entwicklung allein auf die Pensionsreformen zurückgeführt werden kann.<sup>15</sup> Ferner sind die inter- und intragenerativen Verteilungseffekte bislang nicht näher untersucht worden, d. h. inwiefern ergeben sich Vor- und Nachteile für die jüngere oder ältere Bevölkerung bzw. für Personen mit geringem oder hohem Einkommen.

## Fazit

Niedrige Geburtenraten, ein negativer Wanderungssaldo sowie der Anstieg in der Lebenserwartung führen dazu, dass die neuen EU-Mitgliedsländer noch stärker als die alten EU-Staaten mit dem demographischen Wandel

konfrontiert werden. Aus dem Vergleich deutscher, polnischer und tschechischer Regionen wurde deutlich, dass innerhalb Deutschlands die regionalen Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung am größten ausfallen. Bedingt durch den demographischen Wandel haben einige der MOEL seit Ende der neunziger Jahre ihre Pensionssysteme grundlegend reformiert.

## Literatur

- COUNCIL OF EUROPE (Hrsg.) (2003): Demographic Yearbook 2002, abrufbar unter: [http://www.coe.int/t/e/social\\_cohesion/population/demographic\\_year\\_book/2002\\_Edition/default.asp#TopOfPage](http://www.coe.int/t/e/social_cohesion/population/demographic_year_book/2002_Edition/default.asp#TopOfPage).
- CZECH STATISTICAL OFFICE (Hrsg.) (2003): Projekce obyvatelstva v krajich a oblastech ČR do roku 2050, Prag.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (Hrsg.) (1999): Generational Accounting in Europe, European Economy, Reports and Studies No. 6, Luxemburg.
- EUROSTAT (Hrsg.) (2004): Erste Ergebnisse der Erhebung von Bevölkerungsdaten in Europa für 2003, Statistik kurz gefasst 13, Luxemburg.
- FULTZ, E. (2003): Recent Trends in Pension Reform and Implementation in the EU Accession Countries, Paper presented at the Informal Meeting of Ministers at the International Labour Conference am 10. Juni 2003, Genf.

<sup>15</sup> Vgl. OECD (2003), S. 16

- OSTERKAMP, R. (2004): Demographische Altersquotienten: Ihre langfristige Entwicklung im internationalen Vergleich, ifo Schnelldienst 3, S. 39–41.
- PHILIPPOV, D. und J. DORBITZ (2003): Demographic Consequences of Economic Transition in Countries of Central and Eastern Europe, Population Studies 39, Council of Europe Publishing, Directorate General III – Social Cohesion.
- POLISH OFFICIAL STATISTICS (Hrsg.) (2003): Population Projection by Voivodship until 2030, Główny Urząd Statystyczny, Warschau.
- ORGANIZATION FOR ECONOMIC CO-OPERATION AND DEVELOPMENT (Hrsg.) (2003): Reforming Public Pensions: Sharing the Experiences of Transition and OECD Countries, Paris.
- UNITED NATIONS (Hrsg.) (2000): Fertility Decline in the Transition Economies, 1989 – 1998: Economic and Social Factors Revisited, Chapter 6 in: Economic Survey in Europe 1, 189 – 207, UN ECE Genf.
- UNITED NATIONS (Hrsg.) (2003): World Population Prospects: The 2002 Revision Population Database, Population Division of the Department of Economic and Social Affairs of the United Nations Secretariat, New York.
- US CENSUS BUREAU (2004): International Data Base (IDB), Online Demographic Aggregation, abgerufen unter: <http://www.census.gov/ipc/www/idbnew.html>, am 3. September 2004.